

# bresche

REVOLUTIONAERE MARXISTISCHE LIGA (RML)  
 neu : Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)  
 Postfach 13, 2 500 Biel 4

# la brèche

LIGUE MARXISTE REVOLUTIONNAIRE  
 dès maintenant Parti socialiste ouvrier (PSO)  
 LMR, case postale 13, 2 500 Bienne 4

## EINE STIMME FUER DIE RML IST EINE NUETZLICHE STIMME

WEIL dies heisst, sich der bürgerlichen Politik zu widersetzen, die auf dem Rücken der Lohnabhängigen sparen will. Bürgerliche Vertreter im Stadtrat wie im Gemeinderat führen die gleiche Politik wie die Unternehmer in der Privatwirtschaft.

Sie sind Gegner von Krediten, die der Bevölkerung einen direkten Zugang zu kulturellen Aktivitäten erlaubt.

Sie sind Verteidiger der Interessen derer, die die Stadt zubetonieren und mit den Bodenpreisen spekulieren.

Sie sind verantwortlich für die Einschränkungen von demokratischen Freiheiten (Fall Perret, Entlassung aktiver Gewerkschafter).

Jede Stimme für die RML ist eine Stimme gegen die Politik der bürgerlichen Parteien, diesen Gegnern jeden sozialen Fortschritts.

WEIL dies heisst, sich der Politik der Freien Bieler Bürger zu widersetzen, die sich damit zufrieden geben, einige Fassaden zu renovieren, um sich nicht mit den gewaltigen Privilegien der Banken und Unternehmen abgeben zu müssen.

WEIL die Politik der Sozialdemokraten keine wirksame Opposition gegen die bürgerlichen Parteien darstellt und die SP nichts dafür getan hat, aus Biel eine Stadt zu machen, die im Dienste der Lohnabhängigen steht.

WEIL die Anwesenheit der RML im Stadtrat ein Mittel ist für eine einheitliche und kämpferische Politik der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen für die Sicherheit der Arbeitsplätze und für bessere Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst wie in der Privatindustrie.

Es ist eine Stärkung des Kampfes für das Recht auf gute Berufsausbildung für alle.

Es ist eine Unterstützung des Kampfes gegen alle Benachteiligungen der Frauen in der Berufswahl und am Arbeitsplatz.

Und schliesslich ist es auch eine Stärkung des Widerstandes gegen den Abbau der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte.

## VOTER LMR, UN VOTE UTILE

PARCE QUE c'est s'opposer à la politique des partis bourgeois qui veulent imposer des économies sur le dos des salariés. Leurs représentants au conseil de ville comme au conseil municipal mènent la même politique que les patrons dans le secteur privé.

Adversaires des crédits destinés à permettre un large accès de la population aux activités culturelles,

Défenseurs des intérêts de ceux qui bétonnent la ville et qui spéculent sur les prix du terrain,

Responsables des atteintes aux libertés démocratiques (affaire Perret, licenciement de syndicalistes actifs),

Opposés à toute extension des services sociaux,  
 les partis bourgeois et leur politique doivent être combattus sans compromis : voter LMR - la Brèche y contribuera.

PARCE QUE c'est s'opposer à la politique de l'Entente biennoise hors parti qui se contente de retouches et de rénovations de façade pour ne pas devoir s'attaquer aux privilèges des banques, des trusts et du patronat.

PARCE QUE c'est constater que la politique du parti socialiste ne constitue pas une opposition efficace aux partis bourgeois et n'a nullement fait de Bienne une commune au service des travailleurs.

PARCE QUE la présence d'élu(e)s de la LMR au Conseil de ville,

- \* c'est un moyen de favoriser une politique unitaire et combative des organisations ouvrières, syndicales et politiques, et de défendre la sécurité de l'emploi et les conditions de travail des salariés de la commune comme de l'industrie,

- \* c'est un renfort dans le combat pour le droit à une formation professionnelle de qualité pour tous,

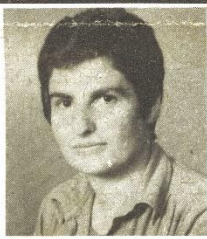
- \* c'est un soutien dans la lutte contre toutes les discriminations dont sont victimes les femmes dans l'accès à la formation comme à l'emploi,

- \* c'est un point d'appui pour combattre toutes les atteintes aux libertés démocratiques et aux droits syndicaux et pour affirmer les droits des immigrés.



04 01 0 - 04 02 7  
 Zulauf Sylviane

institutrice, syndiquée VPOD, membre du comité de section VPOD-Bienne, membre du comité du cartel syndical de Bienne  
 Lehrerin, Mitglied des VPOD-Sektionsvorstandes  
 Mitglied des Gewerkschaftskartells Biel



04 03 5 - 04 04 3  
 Sautebin Marie-Thérèse

employée de bureau, syndiquée FTMH, membre du comité de lancement du CISC  
 Büroangestellte, SMUV-Mitglied, Mitglied des Initiativkomitees für eine Dienststelle für sexuelle Aufklärung sowie gynäkologische Beratung und Betreuung (CISC)



04 05 1 - 04 06 8  
 Dolivo Jean-Michel

employé, syndiqué VPOD, actif dans la défense des droits démocratiques (PFS, affaire Perret...)  
 Angestellter, VPOD-Mitglied aktiv für die Verteidigung der demokratischen Rechte (BuSiPo, Fall Perret...)



04 07 6 - 04 08 4  
 Contini François

étudiant, actif dans la défense des droits des jeunes et membre de La Toupe  
 Student, aktiv für die Verteidigung der Rechte der Jugend, Mitglied des Mauwurfs



04 09 2 - 04 10 8  
 Freuler Fritz

chauffeur-magasinier, syndiqué FTMH  
 Lastwagenchauffeur/Magaziner, SMUV-Mitglied



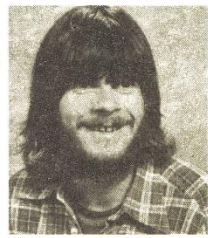
04 11 6 - 04 12 4  
 Gross Christine

data-typiste, syndiquée SLP  
 Datatypistin, GDP-Mitglied



04 13 2 - 04 14 0  
 Maurer Renato

enseignant / employé au Centre Autonome de Jeunesse, syndiqué VPOD  
 Lehrer/Angestellter des AJZ VPOD-Mitglied



04 15 7 - 04 16 5  
 Schmid Olivier

employé de commerce, syndiqué FTMH  
 kaufm. Angestellter, SMUV-Mitglied



04 17 3 - 04 18 1  
 Sidler Roland

charpentier, syndiqué FTMH, membre du comité d'action antinucléaire CAAB  
 Zimmermann, GBH-Mitglied Mitglied des Atomschutzkomitees Biel (ASK)



04 19 8 - 04 20 5  
 Zulauf Catherine

avocate stagiaire, membre du comité de l'initiative antinucléaire "Pour un avenir sans nucléaire"  
 Anwältin, Mitglied des Initiativkomitees "Für eine Zukunft ohne Atomenergie"

POUR LE CONSEIL MUNICIPAL PERMANENT ZULAUF SYLVIANE SAUTEBIN MARIE-THERESE FUER DEN STAENDIGEN GEMEINDERAT  
 POUR LE CONSEIL MUNICIPAL NON PERMANENT DOLIVO JEAN-MICHEL FUER DEN NICHTSTAENDIGEN GEMEINDERAT

# WÄHLT RML-Bresche LISTE 4 VOTEZ LMR-la Brèche

## FUER EINE GUTE BERUFSAUSBILDUNG FUER ALLE

Wollte man der FdP-Zeitung glauben schenken, so hätten die Behörden der "Zukunftstadt" alle Jugendprobleme gelöst. So einfach machen es sich diese bürgerlichen Damen und Herren. Doch heute eine Lehrstelle zu finden, ist schwierig. Meist muss man sich ein oder sogar zwei Jahre vorher umsehen und in vielen Branchen ist die Lehrstellenauswahl infolge des geringen Angebots sehr beschränkt. Davon betroffen ist in erster Linie das einfache Volk, denn die Selektion an der Schule bringt es mit sich, dass am Gymnasium vor allem Kinder von Direktoren, Aerzten oder Anwälten studieren können. Die anderen müssen sich halt ein bisschen anstrengen, um eine Lehrstelle zu finden.

1979 hat über ein Drittel der Jugendlichen keine Lehrstelle nach Wunsch gefunden. In den letzten Jahren haben 23 o/o der Schüler im Kanton Bern ein zehntes Schuljahr absolviert. In Biel waren es 150, und 65 sind in die Industrie gegangen ohne eine Ausbildung zu machen. "Aber die Zahl der Lehrstellen hat doch um 6 o/o zugenommen", rühmen sich die Unternehmer. Das stimmt. Allerdings hüten sich die gleichen Kreise zu sagen, dass diese Zunahme vor allem in schlecht qualifizierten Berufen stattgefunden hat. Zum Beispiel gibt es im Bäckereigewerbe heute 53,6 o/o mehr Lehrstellen. Das ist ein Beruf mit besonders mühsamer Arbeitszeit und die Stifte werden dort nur allzu oft einfach als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Aber die Mädchen sind die hauptsächlichsten Opfer. Unzählige Mädchen werden als Coiffeuselehrtöchter angestellt, aber auch hier eher als billige Arbeitskraft. Dies geschieht auf Kosten der Ausbildung und nach der "Lehre" gibt es überhaupt keine Ge-

währ auf eine Arbeitsstelle. In der Uhrenindustrie zum Beispiel arbeiten über 51 o/o Frauen, aber sie haben fast keine Möglichkeit, dort eine Lehre zu machen.

Dieser Zustand ist das Ergebnis der Politik der Unternehmer und der Behörden, die mit dem neuen Gesetz über die Berufsausbildung nächstens sogar für die Mehrheit der Stifte eine Lehre von nur zwei Jahren einführen werden.

Das Problem der Lehre ist ein Problem aller Werktätigen. Um die heutige Lage zu verbessern, muss die **Integrierung der Lehrlinge in die Gesamtarbeitsverträge** gefordert werden. Dadurch würden die Arbeitsbedingungen der Stifte ähnlich wie diejenigen der anderen Arbeiter/innen. Diese Forderung ermöglicht aber auch, dass alle Lohnabhängigen unter einem Vertrag stehen. Dadurch wäre es den Gewerkschaften auch möglich, in den Betrieben sich für die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Lehre einzusetzen.

Aber um die heutigen Lehrbedingungen wirksam bekämpfen zu können, muss das Monopol der Unternehmer über die Lehre abgeschafft werden. Deshalb hat die RML/Bresche allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung die **Landierung einer Volksinitiative FUER DIE SCHAFFUNG VON OEFFENTLICHEN LEHRWERKSTAETTEN** vorgeschlagen. In Biel haben sich die "linken" Gemeindebehörden mehr darum gekümmert, die Zahl der Polizisten zu erhöhen als jene der Lehrstellen. Heute gibt es nur 10 Lehrlinge. Anstatt Millionen zu verschleudern für ein Gymnasium, in dessen Keller man ein Aquarium errichten könnte, müsste die Stadt öffentliche Lehrwerkstätten schaffen, wo die Jugendlichen, die keine Lehrstelle gefunden haben, eine Lehre nach Wunsch absolvieren könnten.

### BKW FUEHREND IM ATOMABENTEUER

Noch in diesem Jahrzehnt soll in Graben, 40 km von Biel entfernt, ein weiteres Atomkraftwerk gebaut werden. Mehrheitsaktionärin ist die BKW, die - obschon zu 92 o/o in öffentlicher Hand - wie eine private AG funktioniert. Trotz der Einschüchterungsmethoden der Atomherren wächst der Widerstand gegen ihr Vorhaben. Davon zeugen die 24 000 Einwendungen und Einsprüche.

Die BKW stützt sich wie die gesamte internationale Atomlobby auf die 4 grossen Lügen:

- Atomstrom sei sicher (s. Harrisburg, Lucens)
- Es drohe eine Energielücke (dank den Spekulationen der Energiekonzerne)
- Atomstrom sei billig (weshalb dann wohl die Strompreiserhöhungen?)
- Es gebe keine Alternative zum Atomstrom (lies: keine so profitträchtige Alternative).

Die RML ist gegen den Bau von AKWs und gegen die Strompreiserhöhungen und fordert den Gemeinderat auf, dahingehend Schritte zu unternehmen. Die Verstaatlichung des gesamten Energiesektors unter Kontrolle der Arbeiter, der Konsumenten und ihrer Organisationen sowie ein alternativer Energieplan ohne Atomstrom wird immer dringender.

### Unterstützung des autonomen Jugendzentrums

Durch den Kampf der Zürcher, Basler und Berner Jugendlichen für autonome Jugendmethoden sehen sich sogar bürgerliche Parteien gezwungen, Stellung zu beziehen. Den Vogel schoss bis jetzt die FDP ab, die ihren Schuldirektor Linder rühmte, in Biel u.a. ein AJZ ermöglicht zu haben. Tatsächlich gibt es in Biel seit über 10 Jahren ein AJZ. Dazu brauchte es allerdings einen Kampf der Jugendlichen und auch in Biel taten die Behörden ausser einem anfänglichen, lächerlichen Baukredit von 60 000 Fr. nicht viel. Wahrscheinlich sollen sich die Jugendlichen bedanken, nicht mit Tränengas vertrieben worden zu sein.

Aufgebaut haben das AJZ die Jugendlichen selber in jahrelanger Freizeitarbeit, in der auch die RML aktiv war und ist.

Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit, der Selektion und Repression in Lehre und Schule, des mangelnden billigen Wohnraums, der zunehmenden Verschandelung unseres Lebensraumes, ist die Forderung nach autonomen und subventionierten Zentren mehr als nur berechtigt.

Vor 10 Jahren erhielten die Frauen in der Schweiz das Stimmrecht. Sie mussten allerdings ein halbes Jahrhundert dafür kämpfen, bis ihnen endlich dieses elementare Recht zugestanden wurde. Seither werden zahlreiche Diskriminierungen und altdemokratische Gesetze bekämpft. Die Frauen verlangen das Recht auf freie Abtreibung, das Recht auf Arbeit, eine gleichwertige Ausbildung, gleiche Krankenkassen- und AHV-Leistungen. Diese Forderungen sind völlig berechtigt. Aber es gibt noch viel Widerstand.

All diese Diskussionen entflammen sich heute um die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau". Unternehmerverbände, bürgerliche Parteien und die Kirchen lehnen sie ab. Der Bundesrat schlägt ein Gegenprojekt vor. Obschon diese Herren behaupten, sie seien für gleiche Rechte, lehnen sie die praktischen Folgerungen ab.

In der Uhrenindustrie, wo 50 o/o Frauen arbeiten, müssten die Unternehmer jeder dieser Arbeiterinnen im Durchschnitt Fr. 500.- zusätzlich zahlen, um ihre Löhne denjenigen ihrer männlichen Kollegen anzupassen. Dies wäre nötig, obgleich die Frauen an den schlechtesten qualifizierten Stellen arbeiten.

Es erstaunt nicht, warum die bürgerlichen Parteien gegen die Initiative sind.

Die RML/Bresche unterstützt die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau". Ihre Mitglieder setzen sich in den verschiedenen Gewerkschaften dafür ein, dass die Forderungen für gleichen Lohn, gleiche Arbeits- und Schulbedingungen in die Gesamtarbeitsverträge aufgenommen werden.

### AUCH IN BIEL IST DER KAMPF GEGEN DIESE UNGELICHHEITEN AKTUELL

DER BOYCOTT DES OBLIGATORISCHEN HAUSWIRTSCHAFTSKURSES traf auf grosse Sympathie. Das Interesse dafür ging weit über die Kantonsgrenze hinaus. Der Boykott betraf nicht nur diesen Hauswirtschaftskurs, sondern galt der Verurteilung der ganzen Kette von Diskriminierungen, wie sie die Mädchen von klein an erleben; ihre fast ausschliessliche Vorbereitung, gute Mütter, treue und hilfsbereite Ehegattinnen und je nach Bedarf auch billige Arbeitskräfte zu werden.

Die Mädchen, die diesen Kurs boykottierten, stützten sich auf die Verfassung, die gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert. Sie lehnten die Rollenteilung zwischen Mann und Frau sowohl in der Familie, am Arbeitsplatz wie auch im gesellschaftlichen Bereich ab. Deshalb wurden sie von Frau Hirschi, Präsidentin der Haus-

Ein AJZ soll nicht ein Gertho noch ein sozialer Abfallkübel sein, sondern ein selbstverwalteter Ort, an dem sich Jugendliche treffen können, wo Jugendliche ihre eigene Kultur leben können und wo sie sich vor allem organisieren können (z.B. in Arbeitsgruppen) um ihre Probleme zu diskutieren und sich für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen.

## VOR DEM GESETZ SIND ALLE GLEICH - NUR DIE MAENNER ETWAS GLEICHER...

wirtschaftsschulkommission und freisinnige Stadträtin angezeigt. Herr Rieder, seines Zeichens sozialdemokratischer Richter, verurteilte sie dann im Namen des kantonalen Gesetzes! Wie lange bleiben wohl die Wahlversprechen noch toter Buchstabe?

Die Initiative für die Schaffung einer **DIENSTSTELLE FUER SEXUELLE AUFKLAERUNG SOWIE GYNAEKOLOGISCHE BERATUNG UND BETREUUNG (CISC)**, die u.a. auch von der RML mit lanciert worden war und 1978 mit grossem Erfolg zustande kam, wird leider nicht zur Abstimmung gelangen. Das Gemeindereglement gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, in alleiniger Kompetenz darüber zu entscheiden, ohne die direkt betroffenen zu fragen. Der Initiative wird ein Gegenverschlagn gegenübergestellt, der unter dem Druck der bürgerlichen Parteien, der

gegenüber dem Zivilschutzbudget? Was die FBB anbelangt, die die Initiative halberzig unterstützt haben, fragt sich, wie lange sie noch zögern wollen.

Die RML/Bresche wird sich nicht mit den bereits bestehenden Institutionen begnügen. Es hat sich schon allzu oft gezeigt, dass diese nicht genügen und vielfach sogar unkompetent sind. Trotz allem wird die RML weiterhin einen Sozialdienst für die sexuelle Aufklärung vor allem der Jugendlichen und der Frauen fordern. Wir setzen uns ebenfalls für die Entwicklung einer Präventivmedizin ein.

Der vom Stadtrat beschlossene **BEZAHLTE MUTTERSCHAFTS-URLAUB**, der auf 16 Wochen ausgedehnt wird und so die schwangeren Frauen vor Entlassung schützt, verbessert die Lage der Frauen, die bei der Stadt angestellt sind. Dieser



La manif des boycotteuses du cours ménager, une mobilisation à laquelle participent les "5-Wöcheler", an dieser Kamp-

Aerzteschaft und der Familienplanung ausgearbeitet wurde.

An der ersten Diskussion im Stadtrat haben nur die Sozialdemokraten die CISC-Initiative unterstützt. Die Debatte wurde auf später verschoben... und eine neue Kommission soll die Sache nochmals studieren. Werden die Sozialdemokraten ihre Haltung aufrechterhalten und den Bürgerlichen nicht nachgeben, die die Angelegenheit so schnell wie möglich begraben möchten. Werden sie ihre Versprechen einhalten und diesen sozialen Dienststellen eindeutig den Vorrang geben gegenüber den öffentlichen Begünstigungen der Privatindustrie und

sozialdemokratische Vorschlag profitierte von der Einheitskampagne für die Initiative "FUER EINEN WIRKSAMEN SCHUTZ DER MUTTERSCHAFT", an der sich auch die RML beteiligt.

Die Arbeiterinnen im Privatsektor hingegen können immer noch während den ersten 7 Monaten der Schwangerschaft und nach dem dritten Monat nach der Geburt entlassen werden. Jedes Jahr werden so viele Frauen ohne grosses Aufsehen entlassen.

Aber es genügt nicht, wenn die Frauen nur berechnete Forderungen stellen. Sie müssen sich auch dementsprechend organisieren.

# POUR UNE FORMATION PROFESSIONNELLE DE QUALITE POUR TOUTES ET TOUS

A en croire le journal de septembre du parti radical biennois, les autorités auraient résolu tous les problèmes de la jeunesse dans la "cité de l'avenir". De tels propos montrent bien que les difficultés des jeunes au sortir de la scolarité passent, pour ces messieurs-dames des partis bourgeois, comme une goutte d'eau sur les plumes d'un canard. Car trouver une place d'apprentissage est aujourd'hui une chose difficile. On doit s'y prendre une année, voire deux, à l'avance et le "choix" d'une profession est limité par la pénurie de places d'apprentissage dans certaines branches. Cette situation touche en premier lieu les milieux populaires, puisque la sélection scolaire est ainsi faite que ce sont avant tout les enfants de directeurs, médecins ou notaires qui se retrouvent au gymnase ou suivent des études. Quant aux autres, ils n'ont qu'à se débrouiller pour trouver une place d'apprentissage !

duite dans des professions déqualifiées, comme en témoigne par exemple le boom de 53,6 o/o de places d'apprentissage chez les boulangers-confiseurs, c'est-à-dire dans une profession où les horaires de travail sont particulièrement pénibles et où les apprentis sont utilisés comme aide à salaire réduit.

Quant aux femmes, elles sont les principales victimes de la situation de la formation professionnelle. Une quantité d'apprenties coiffeuses sont engagées, mais là également davantage comme main-d'oeuvre à bon marché que dans le but de leur donner une véritable formation, et ceci sans aucune garantie de trouver un travail à la fin de l'"apprentissage". Et, alors que les femmes constituent le 51 o/o de la main-d'oeuvre dans l'horlogerie, elles n'ont pratiquement aucune possibilité de formation dans cette industrie.

Cette dégradation est le fruit de la politique patronale et des autorités qui avec la nouvelle loi sur la formation professionnelle vont prochainement introduire pour la majorité des apprenti(e)s une période de formation de deux ans seulement !

Le problème de l'apprentissage est un problème de l'ensemble des salariés. Pour faire face à la situation actuelle, il est nécessaire d'exiger l'intégration des apprenti(e)s dans les conventions collectives de travail afin que les conditions de travail de ceux-ci soient semblables à celles des autres catégories de travailleurs, mais également pour permettre que l'ensemble des salariés soient conventionnés. Cela rendra possible une intervention du syndicat dans l'entreprise, par le biais des commissions ouvrières, sur la question des conditions de travail et de la qualité de la formation des apprentis.

Mais pour combattre efficacement les conditions de formation actuelles, il faut aussi BRISER LE MONOPOLE DES PATRONS SUR L'APPRENTISSAGE. C'est pourquoi la LMR a proposé à toutes les organisations politiques et syndicales du mouvement ouvrier de lancer une initiative nationale POUR LA CREATION D'ATELIERS PUBLICS D'APPRENTISSAGE.

La Municipalité de "gauche" s'est plus préoccupée d'augmenter le nombre des policiers que celui des apprentis puisque seuls dix postes d'apprentissage existent actuellement. Au lieu de dépenser des millions pour la construction d'un nouveau gymnase dont les caves n'ont pas fini d'être inondées, la Municipalité doit mettre sur pied des ateliers publics d'apprentissage permettant aux jeunes qui n'ont pas trouvé d'apprentissage de tels ateliers la formation qu'ils désirent.

# Tous égaux devant la loi... surtout les hommes

Il y a dix ans que les femmes ont obtenu le droit de vote en Suisse. Il leur a fallu un demi-siècle de protestations pour qu'on leur accorde enfin ce droit élémentaire. Depuis lors, nombre de discriminations et de lois rétrogrades ont été combattues. Les femmes revendiquent leurs droits : droit à l'avortement, droit à l'emploi, droit à une éducation et une formation égales, droit aux mêmes prestations à l'AVS et dans les caisses-maladie. N'est-ce pas légitime ? Non, prétendent de farouches opposants.

Tous ces débats se cristallisent aujourd'hui autour de l'initiative pour l'égalité des droits entre hommes et femmes. Associations patronales, partis bourgeois et milieu de l'Eglise la rejettent, le Conseil fédéral lui oppose un contre-projet ! S'ils proclament fort leur accord avec le principe de l'égalité, ils en refusent cependant les implications pratiques.

En effet, il faudrait par exemple que le patronat horloger — qui occupe 50 o/o de femmes — verse chaque mois en moyenne 500.-fr. de plus à chacune de ses ouvrières et employées, soit au moins 12,5 millions, pour aligner leurs salaires sur ceux de leurs collègues masculins, et cela malgré la concentration de main-d'oeuvre féminine aux postes les moins qualifiés.

L'enjeu de l'opposition des partis bourgeois ne laisse aucun doute !

La LMR soutient l'initiative pour l'égalité des droits et dénonce les manoeuvres qui visent à la faire couler. Ses membres oeuvrent dans les syndicats pour que l'égalité dans les salaires, la formation et l'emploi soit introduite dans les contrats collectifs.

... A Bienne, la lutte contre toutes ces inégalités est d'actualité

**LE BOYCOTT DU COURS MENAGER OBLIGATOIRE** a suscité une large sympathie et l'écho a dépassé les frontières du canton. C'est que l'action des boycottteuses, bien au-delà du simple cours ménager, visait à dénoncer l'interminable chaîne de discriminations que les filles subissent dès l'enfance, leur préparation quasi exclusive à devenir de bonnes mères, des épouses dociles, et accessoirement des travailleuses.

Parce qu'elles ont revendiqué l'application de la Constitution garantissant l'égalité de tout citoyen devant la loi, parce qu'elles ont refusé la division des rôles entre hommes et femmes dans la famille comme dans l'emploi et dans toute la vie sociale, les boycottteuses ont été dénoncées par la Commission pour l'enseignement ménager, présidée par Mme Hirschi, conseillère de ville radicale... et c'est un juge socialiste, M. Rieder, qui les a condamnées,

se réfugiant derrière la loi cantonale ! Jusqu'à quand des propagandes électorales prônant l'égalité vont-elles rester lettre morte ?

Le projet de création d'un CENTRE D'INFORMATION SEXUELLE ET DE CONSULTATION (CISC), lancé entre autres par la LMR, qui a recueilli un large soutien en 1978, ne sera malheureusement pas soumis à votation populaire. Le règlement communal attribue au seul Conseil de ville la compétence de décider du sort de l'initiative sans même consulter les intéressé(e)s directement ! Un contre-projet élaboré sous pression des partis bourgeois, du corps médical et des institutions de planification familiale et d'information sexuelle est opposé à l'initiative.

Lors de la première discussion au Conseil de ville, seuls les socialistes ont soutenu le CISC. Le débat a été reporté à plus tard... une nouvelle commission va réétudier le sujet. Le Parti socialiste va-t-il maintenir sa position sans céder aux pressions des bourgeois qui voudraient bien classer le dossier. Va-t-il décider d'appliquer ses promesses, en développant les infrastructures plutôt que d'offrir des avantages aux entrepreneurs privés ou de déboursier inutilement pour la protection civile. Quant à l'Entente qui s'est contentée d'un vague soutien du bout des lèvres, va-t-elle encore longtemps hésiter ?

La LMR ne se contentera pas d'une simple plaque tournante qui oriente "les consultants" vers les institutions en place. Celles-ci ont déjà fait la preuve de leurs insuffisances et souvent même de leur incompetence. La LMR continue, malgré ces manoeuvres, à revendiquer un service social pour l'information sexuelle des jeunes et des femmes en particulier et se prononce pour la promotion d'une médecine préventive.

L'obtention au Conseil de ville du CONGÈRE MATERNITE PAYE, prolongé à 16 semaines et protégé ainsi que toute la grossesse contre le licenciement, améliore la situation des femmes fonctionnaires enceintes. Cette proposition socialiste a bénéficié de la campagne unitaire autour de l'initiative POUR UNE PROTECTION EFFICACE DE LA MATERNITE menée aux niveaux national et local, avec la participation active de la LMR.

Quant aux travailleuses du secteur privé, elles risquent encore le licenciement au cours des 7 premiers mois de grossesse et dès le 3ème mois après l'accouchement. Chaque année, de nombreux licenciements se produisent "en douce" dans les entreprises, les magasins ou dans l'hôtellerie sans même être dénoncés.

Femmes, il ne faut plus mendier de justes droits, il faut s'organiser pour les conquérir.

## Les Forces motrices bernoises (FMB) ou l'aventure nucléaire

C'est à 40 km de Bienne, à Graben qu'une centrale nucléaire devrait, dans les 10 années à venir, entrer en service. Actionnaire majoritaire de cette centrale, les FMB appartiennent à 92 o/o aux pouvoirs publics et échappent pourtant à tout contrôle démocratique. Malgré les tentatives d'intimidation des promoteurs du nucléaire, l'opposition à Graben ne cesse de grandir; preuves en sont les 24 000 oppositions et objections adressées au Conseil fédéral.

Les FMB axent leur propagande sur 4 gros mensonges :

- L'énergie nucléaire serait sûre (et Harrisburg !).
- Il existerait des risques de pénurie (pénurie fabriquée artificiellement par les spéculations des grandes compagnies !).
- L'énergie nucléaire serait bon marché (et les dernières hausses des tarifs d'électricité !).
- Il n'y aurait pas d'alternative au nucléaire (c'est-à-dire permettant d'aussi juteux profits !).

La LMR s'oppose à la construction de toute centrale nucléaire, à la hausse des tarifs d'électricité et demande que la municipalité agisse dans ce sens. Plus que jamais il est urgent de nationaliser le secteur de l'énergie dans son ensemble, afin de promouvoir, sous le contrôle des travailleurs, des consommateurs et de leurs organisations, une politique alternative de l'énergie.

## Soutien au Centre autonome de jeunesse

Même les partis bourgeois locaux se sont sentis obligés de prendre position par rapport aux luttes des jeunes de Zurich, Bâle et Berne pour des centres autonomes. Les premiers à saisir l'"occasion" ont été les radicaux, vantant les mérites de leur Directeur des écoles qui aurait entre autres permis la création d'un centre autonome de jeunesse (CAJ). Il existe effectivement, depuis plus de 10 ans, un CAJ à Bienne. Mais les jeunes ont dû se battre pour l'obtenir et, hormis un dérisoire premier crédit de construction de 60 000 francs, les autorités n'ont pas fait grand chose pour le centre. Et encore les jeunes devraient-ils s'estimer heureux de ne pas avoir goûté aux gaz lacrymogènes !

Le CAJ a été construit par les jeunes, au terme de plusieurs années de travail bénévole auquel la LMR a participé et participe encore. Vu le chômage des jeunes, la sélection et la répression pendant la scolarité et l'apprentissage, le manque d'appartements bon marché, la détérioration croissante du cadre de vie, la revendication de centres autonomes subventionnés est plus que justifiée.

Un CAJ ne doit être ni un ghetto, ni un dépôt social, mais un centre autogéré où les jeunes puissent se retrouver, où ils puissent vivre leur propre culture et où ils puissent avant tout s'organiser (en groupes de travail par exemple) pour discuter leurs problèmes et s'engager pour l'amélioration de leurs conditions de vie et de travail.



La LMR a pris une part active, elle a pris la parole et a été active.

Or en 1979 plus d'un tiers des jeunes n'ont pas trouvé de profession de leur choix. Ces dernières années, 23 o/o des élèves du canton de Berne ont dû prolonger leur scolarité d'une année dans l'attente de nouvelles perspectives. A Bienne, 150 jeunes ont ainsi été obligés de fréquenter une dixième année scolaire alors que 65 autres sont entrés dans l'industrie sans aucune formation. "Mais le nombre de places d'apprentissage a pourtant augmenté de 6 o/o dans le canton" se vantent les milieux patronaux. Oui, mais ce que ces derniers se gardent bien d'ajouter, c'est que cette augmentation s'est avant tout pro-

# POUR UNE COMMUNE AU SERVICE DES TRAVAILLEURS

Bienne "rouge", un fantôme plutôt qu'une réalité ! L'Entente biennoise représente le parti caméléon par excellence : elle met dans le même sac la défense des intérêts des patrons et ceux des salariés, sous couvert de défendre les "Biennois". "Abattre la méfiance entre le citoyen et l'administration", "lutter contre la récession", voilà les slogans, vides de sens, avancés par l'Entente. Or ce n'est pas à coups de motions au Conseil de ville que l'on défend l'emploi ! En voulant se situer "entre les deux blocs de la politique biennoise", ce parti dérange certes les politiciens locaux, mais ne se place nullement du côté des salariés contre la dégradation de leurs conditions de vie et de travail.

Quant au Parti socialiste, il s'est montré un gestionnaire "modèle" de la commune et n'est pas loin de s'attirer les félicitations bourgeoises. Les élus socialistes ont en effet assaini les finances en bloquant les effectifs du personnel de la ville, en refusant des augmentations de salaire réel, en renvoyant l'introduction de la semaine de 40 heures qu'ils avaient pourtant inscrite dans leur programme !

Au lieu d'utiliser leurs positions dans la commune pour prendre des mesures favorables aux travailleurs et ainsi servir de point de référence aux salariés de l'industrie, les élus so-

cialistes ont préféré collaborer avec leurs collègues bourgeois et ont cédé très souvent à leurs exigences. Ils ne rendent pas compte de leur politique aux travailleurs et à leurs organisations et ne contribuent pas à développer le débat démocratique dans la population, en ne soumettant pas les problèmes qui se posent à une large discussion publique. Le PS et ses élus ne sont pas responsables de leurs décisions devant les salariés, mais préfèrent une politique de coulisserie, plus propice aux compromis qu'ils recherchent avec les partis bourgeois. Dans le "secret" des commissions, la politique des socialistes ne se différencie guère de celle des bourgeois.

Ainsi la majorité des représentants socialistes à la commission du gymnase a voté le licenciement du recteur Perret. N'a-t-on pas vu également la majorité du PS accepter la fermeture de 11 classes d'école, alors que la diminution des effectifs constitue une priorité dans la lutte contre la sélection qui frappe systématiquement les enfants de milieu populaire ? Ne voit-on pas certains membres socialistes s'afficher dans les instances dirigeantes de Force Démocratique et d'Unité Bernoise, alors que leur parti se déclare opposé à la répression ?

Quelles que soient leurs déclarations tonitruantes, les élus socialistes gèrent fort bourgeoisement la commune de Bienne et sont prêts à vendre les intérêts des travailleurs pour un plat de lentilles, qui a souvent le goût d'un poste dans l'administration...

Un(e) élu(e) de la LMR au Conseil de ville dénoncera toutes les manoeuvres de coulisserie qui s'y trament et interviendra systématiquement pour défendre les intérêts des salariés. Une commune au service des travailleurs, c'est une commune dont la politique est discutée et décidée par les organisations ouvrières, de locataires, de femmes, d'immigrés, de jeunes, et non pas déterminée par la recherche de compromis avec les partis bourgeois.

## Ce qu'ils promettaient, ce qu'ils ont fait, ce qu'ils font

Les partis bourgeois ont les spécialistes des promesses électorales. Demain on rase gratis ! "Nous avons choisi des candidats qui sauront prendre des initiatives nécessaires pour surmonter cette passe difficile sur le plan économique", déclarait le dépliant du parti radical, il y a 4 ans. Mais de quelles initiatives veut-il parler ? Aviez-vous vu un seul conseiller de ville de ce parti participer à une action pour défendre l'emploi à La Centrale, à la Bulova ou ailleurs ? Non, bien entendu. Un parti composé d'entrepreneurs, de directeurs et de cadres n'est guère touché par les licenciements dans l'horlogerie ou par la baisse du pouvoir d'achat ! M. Kohler, "un homme énergique", proclamait-on il y a 4 ans. Et alors ? Seraient-ce cette énergie qui amène le parti radical à se faire le défenseur des centrales nucléaires ? "Face à l'insécurité réagissez, aidez-nous à faire entendre votre voix", proclamait le PRR. Tous ceux qui ont été victimes de l'insécurité depuis 4 ans — les chômeurs, ceux qui ont été licenciés pour des raisons d'opinion ou pour activités syndicales, les femmes renvoyées à leur foyer, les jeunes qui ne trouvent pas d'apprentissage de leur choix — toutes ces "victimes" n'ont jamais trouvé le parti radical pour les "aider". Au contraire ! Alors ne nous laissons pas abuser par la démagogie électorale. Pas une voix pour les partis bourgeois !

Eine Stimme für die RML ist eine Stimme für eine kämpferische und einheitliche Politik der Lohnabhängigen und der Arbeiterbewegung

- \* FUER EINE GUTE BERUFSAUSBILDUNG FUER ALLE — Errichtung von städtischen Lehrwerkstätten
- \* FUER DIE SOFORTIGE EINFUEHRUNG DER 40-STD-WOCHEN — Gegen die Erhöhung der Arbeitsrhythmen und des Stresses
- \* GEGEN DEN PERSONALSTOPP BEI DER STADT — integraler Teuerungsausgleich
- \* GLEICHE ARBEIT, GLEICHER LOHN, FUER EINE GLEICHWERTIGE BERUFSAUSBILDUNG
- \* GEGEN EIN ATOMKRAFTWERK IN GRABEN ODER ANDERSWO
- \* FUER DAS STIMMRECHT FUER DIE AUSLAENDISCHEN ARBEITER/INNEN UND FUER DIE JUGENDLICHEN AB 18 JAHREN.

# FUR EINE STADT IM DIENSTE DER ARBEITER

Das "rote" Ziel ist eher frommer Wunsch als Wirklichkeit. Die Freien Bieler Bürger sind eine Partei, die ihre Farben beliebig wechselt : Unter dem Vorwand, die Bieler zu verteidigen, wollen sie sowohl für die Interessen der Unternehmer wie auch für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten. "Das Misstrauen zwischen Bürger und Verwaltung abbauen", "Die Rezession bekämpfen", so lauten die Vorschläge der FBB, ohne zu verdeutlichen, was sie darunter verstehen. Aber mit Motionen im Stadtrat verteidigt man keine Arbeitsplätze ! Mit dem Versuch sich zwischen die beiden politischen Blöcke zu stellen, stört die FBB zwar sicher verschiedene Lokalpolitiker, stellt sich aber keineswegs auf die Seite der Lohnab-

hängigen in ihrem Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Was die sozialdemokratische Partei betrifft, so hat sie sich als fast idealer Verwalter der Gemeinde erwiesen. Nicht viel fehlt, und sie wird von den bürgerlichen Parteien beglückwünscht ! Die sozialdemokratischen Vertreter haben die Finanzen "gesund geschrumpft", indem sie einen Personalstopp durchführten, indem sie Realloohnerhöhungen ablehnten und indem sie die 40std. Woche zurückwiesen (die immerhin in ihrem Programm steht !).

Anstatt ihre Positionen in der Verwaltung auszunutzen, um Massnahmen zu ergreifen, die für die Arbeiter günstig wären und die damit auch den Lohnabhängigen in der Industrie genützt hätten, zogen es die Sozialdemokraten vor, mit ihren bürgerlichen Kollegen zusammenzuarbeiten und ihre eigenen Forderungen zu vergessen.

Ihre Politik nimmt wenig Rücksicht auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen und trägt nichts dazu bei, eine demokratische und öffentliche Diskussion in der Bevölkerung anzuregen.

Die SP verantwortet ihre Entscheide nicht vor den Lohnabhängigen. Sie zieht die Politik hinter den Kulissen vor, die günstiger ist um Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien zu erzielen. In der schon fast geheimen Arbeit in den Kommissionen unterscheidet sich die Politik der SP kaum mehr von der der Bürgerlichen.

So hat zum Beispiel die Mehrheit der SP-Vertreter in der Kommission des franz. Gymnasiums für die Entlassung von Rektor Perret gestimmt. Und so hat auch eine Mehrheit der SP die Schliessung von 11 Schulklassen akzeptiert, obwohl die Verkleinerung der Bestände eine der wichtigsten Forderungen im Kampf gegen die Selektion in der Schule ist, einer Selektion, die v.a. die Kinder der unteren Schichten benachteiligt.

Und so hat es auch führende Leute aus der SP in Organisationen wie der "Force Démocratique" oder der "Unité

## Solidarität mit den polnischen Arbeitern

Während zwei Monaten haben die polnischen Arbeiter für frei und gegenüber der Staats- und Parteibürokratie unabhängige Gewerkschaften gekämpft. Ihr Sieg ist ein bedeutender Schritt vorwärts im Kampf für eine demokratisch geplante sozialistische Gesellschaft, die nichts gemein hat mit der Diktatur der Kreml-Bürokraten. Wir sind mit den polnischen Arbeitern voll solidarisch, denn ihr Wille, einen demokratischen Sozialismus aufzubauen, ist auch der unsrige.

## Wahlversprechen und was daraus geworden ist

Die bürgerlichen Parteien sind Spezialisten punkto Wahlversprechen. Vor vier Jahren hörte man die FdP rühmen, sie hätte Kandidaten zur Wahl gestellt, welche die nötigen Initiativen unternähmen, um die Schwierigkeiten auf wirtschaftlicher Ebene zu überwinden. Aber welche Initiativen haben sie wohl gemeint ? Hat jemand auch nur einen dieser Stadträte gesehen, der sich an einer Aktion zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei der La Centrale, bei der Bulova oder anderswo beteiligt hätte ? Natürlich nicht, denn eine Partei, die in erster Linie Unternehmer, Direktoren und Kader vereint, spürt die Entlassungen in der Uhrenindustrie oder die Senkung der Kaufkraft kaum. Vor vier Jahren wurde uns Herr Kohler als ein "energischer" Mann dargestellt. Befürwortet die FdP vielleicht deswegen die Atomenergie ? Ebenfalls vor vier Jahren erklärten die welschen Freisinnigen : "Sie müssen handeln gegenüber der Unsicherheit. Helfen Sie uns, ihre Stimme zum Ausdruck zu bringen". Aber all die Opfer dieser unsicheren Situation, die Arbeitslosen, jene, die aus politischen Gründen oder wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivität entlassen wurden, die Frauen, die an den Herd zurückgeschickt wurden, die Jugendlichen, die keine gewünschte Lehrstelle fanden — all diese Opfer, haben sie jemals die Hilfe der Freisinnigen erfahren ? Wohl kaum ! Lassen wir uns deshalb von diesen Wahlredemagen nicht täuschen ! Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien !

bernoise", obschon sich die SP in Erklärungen immer wieder gegen die Repression stellt.

Wie auch immer die Erklärungen der Sozialdemokraten sind, ihre gewählten Vertreter verwalten die Stadt Biel fast bürgerlich und sind bereit, die Interessen der Lohnabhängigen für einen Sack Bohnen... oder einen Posten in der Stadtverwaltung zu verkaufen...

Ein/e gewählte/r Vertreter/in der RML im Stadtrat wird all diese Kulissenschieberei öffentlich verurteilen und ständig intervenieren, um die Interessen der Lohnabhängigen so gut wie möglich zu verteidigen. Eine Stadt im Dienste der Arbeiter ist eine Stadt, in der politische Entscheide diskutiert und gefällt werden von den Organisationen der Arbeiter, der Mieter, der Frauen, der Fremdarbeiter und der Jugendlichen und nichts bestimmt wird durch die Suche nach Kompromissen mit den bürgerlichen Parteien.

## Solidarität avec les travailleurs polonais

Pendant 2 mois, les travailleurs polonais ont lutté pour le droit à s'organiser dans des syndicats libres et indépendants de la bureaucratie de l'Etat et du parti. Leur victoire est un pas important dans le combat pour l'instauration d'une SOCIÉTÉ SOCIALISTE DÉMOCRATIQUEMENT PLANIFIÉE, un socialisme qui n'a strictement rien de commun avec la dictature des bureaucrates du Kremlin. Nous nous solidarisons pleinement avec les travailleurs polonais car leur volonté de construire un socialisme démocratique est aussi la nôtre.

VOTER LMR, c'est manifester la volonté d'une politique combative et unitaire des salariés et des organisations du mouvement ouvrier,

- \* POUR UNE FORMATION PROFESSIONNELLE DE QUALITE POUR TOUTES ET POUR TOUS — pour la création d'ateliers publics d'apprentissage par la ville
- \* POUR LES 40 HEURES IMMEDIATEMENT — contre l'augmentation des cadencés et du stress
- \* CONTRE LE BLOCAGE DES EFFECTIFS DU PERSONNEL MUNICIPAL — pour le réajustement intégral des salaires
- \* A TRAVAIL EGAL, SALAIRE EGAL, POUR UNE FORMATION DE VALEUR EGALE
- \* CONTRE TOUTE CENTRALE NUCLEAIRE A GRABEN ET AILLEURS
- \* POUR LE DROIT DE VOTE DES IMMIGRES ET DES JEUNES DES 18 ANS.

# WÄHLT RML-Bresche LISTE 4 VOTEZ LMR-la Brèche